

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Reflagasse 18 • Zentr. 26795, 31400, Raabredakt. (ab 21 Uhr): 33555 • Dohlschulz: 57544

13 Jahrgang.

Donnerstag, 12. Jänner 1933

Nr 10.

Hitler in der Sadgasse. Tolerierung oder Neuwahlen?

Berlin, 11. Jänner. Die gestrige plötzliche Rückkehr Hitlers nach Berlin gab Anlaß zu einer Reihe von Kombinationen über die weitere Entwicklung der innerpolitischen Situation. Trotzdem lassen sich bis jetzt keine präzisen Vermutungen feststellen, ob es gelingen wird, eine Einigung zwischen der Regierung von Schleicher und den Nationalsozialisten herbeizuführen, aber auch nicht darüber, ob der Zusammentritt des Reichstages zu neuen Wahlen führen wird.

Die Ursache dieser andauernden Unsicherheit liegt in der Desorientierung in der nationalsozialistischen Partei. Hitler weiß sich, wie es scheint, keinen Rat, mit welchem Manöver er sich aus der Sadgasse ziehen kann, in der er sich befindet. Es bleibt ihm die Wahl, entweder mit Schleicher eine Einigung zu erzielen, was allerdings den Verzicht auf das Kanzleramt bedeuten würde oder Neuwahlen, was aber wieder ein weiteres Zurückgehen seiner Partei zur Folge hätte.

Reichsminister Schleicher ist sich seiner festen Position bewußt und er hat bisher nichts unternommen, um den Nationalsozialisten eine Annäherung zu erleichtern.

Trotzkl schwer krank.

London, 11. Jänner. „Daily Express“ berichtet aus Konstantinopel, daß Leo Trotzki in seinem Londonsauf der Insel Peinipso schwer krank darniederliege. Sein Sekretär sei nach Wien abgereist, um den ärztlichen Beistand eines Spezialisten zu gewinnen.

Seine Tochter begeht Selbstmord.

weil sie aus Berlin ausgewiesen wurde.

Berlin, 11. Jänner. Die „Vollzeitung“ berichtet, daß die Tochter Leo Trozki's, Frau Wollow, die in Berlin-Marischdorf wohnte, Selbstmord begangen habe, weil sie aus Berlin ausgewiesen werden sollte.

Die Polizei hat inzwischen bestätigt, daß Frau Wollow, die sich vor einigen Tagen durch Was verabschiedet hat, tatsächlich eine Tochter Trozki's ist.

Im Oktober 1931 war ihr der vorübergehende Aufenthalt in Berlin zu einer Spezialärztlichen Behandlung gestattet worden. Nachdem ihr Gesundheitszustand sich gebessert hatte, war ihr eine Abreise bis 31. Dezember 1932 gestattet worden. Auf ein neues Gesuch der Frau Wollow, die Abreise bis Mitte Februar 1933 zu verlängern, sei jedoch nach der Behauptung der Polizei eine abschließende Entscheidung noch nicht getroffen worden. Eine Ausweisung liege angeblich nicht vor, ebensowenig eine Verlegung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis aus politischen Gründen.

USA. will sich ein fettes Geschäft entgehen lassen?

Hoover für ein Waffenexportverbot.

Washington, 11. Jänner. (Neuter.) Präsident Hoover sandte dem Kongreß eine Sonderbotschaft, in der er dafür eintritt, daß entweder die Genfer Konvention aus dem Jahre 1925 betreffend das Verbot des Handels mit Waffen und Munition ratifiziert oder daß eine gesetzliche Maßnahme getroffen werde, welche es dem Präsidenten ermöglichen würde, die Ausfuhr von Waffen zu Kriegszwecken einzuschränken oder ganz zu verbieten.

Der Außenminister des Senates nahm heute eine Resolution an, welche bestimmt, daß der Präsident ermächtigt werde, ein Embargo auf die Ausfuhr von Waffen nach jenen Staaten zu legen, welche an einem Kriegskonflikt beteiligt sind oder einen Krieg hervorzurufen drohen.

Amnestie für alle bulgarischen Emigranten.

Sofia, 11. Jänner. Das Sobranje hat mit endgültiger Mehrheit beschlossen, daß allen agrarischen Emigranten vorbehaltlos die volle Amnestie gewährt werde. Ihre Rückkehr nach Bulgarien wird dieser Tage erwartet.

Heraus mit der Vierzigstundenwoche! Internationale Konferenz in Genf.

Wie wir bereits gemeldet haben, ist in Genf eine internationale Konferenz zusammengetreten, welche sich mit der für die gesamte Weltwirtschaft und für die internationale Arbeiterklasse hochbedeutenden Frage der Verkürzung der Arbeitszeit befaßt. Die Konferenz soll vorbereitenden Charakter haben, die endgültige Entscheidung erst im Juli fallen. An den Beratungen in Genf nehmen die Vertreter von 28 Staaten teil, als Dauer der Konferenz sind etwa drei Wochen vorgesehen.

Obwohl man allen europäischen Konferenzen skeptisch gegenübersteht, muß — die Abrüstungskonferenz hat zu keinem greifbaren Ergebnis geführt, die Weltwirtschaftskonferenz scheint überhaupt nicht zusammenzutreten zu wollen — kann man von der internationalen Konferenz zur Verkürzung der Arbeitszeit doch sagen, daß sie unter dem Zwange der Verhältnisse einberufen ist und daß die gemeinsame Not aller Staaten sie zu einer positiven Lösung drängt. Die Verdrängung der menschlichen Arbeitskräfte durch die Maschine, die Rationalisierung, die trotz aller Kräfte ungehindert vor sich geht, muß bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Arbeitszeit die

Alle möglichen Einwände. England lehnt den Entwurf des Arbeitsamtes rundweg ab.

Genf, 11. Jänner. Auf der Konferenz für die Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit begann heute die allgemeine Aussprache. Auf Vorschlag der Arbeitsgruppe befaßt die Konferenz, neben der französischen und englischen auch die deutsche Sprache zuzulassen.

Der Aussprache liegt ein vom Internationalen Arbeitsamt hergestellter umfangreicher Bericht, der die Zusammenhänge zwischen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit behandelt, zugrunde. Die Aussprache wurde von dem französischen Gewerkschaftsvertreter Jouhaux eröffnet.

Am Nachmittag erklärte der deutsche Regierungsdelegierte, die Tatsache, daß das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag noch nicht allgemein ratifiziert sei, könne nicht als Einwand gegen den Abschluß eines neuen Abkommens geltend gemacht werden. Eine wesentliche Belastung würde nur dann eintreten, wenn man dem einzelnen Arbeiter für den Ausfall an Arbeitsstunden einen Lohnausgleich gewähre, der allerdings, wo er wirtschaftlich tragbar sei, wünschenswert wäre. Es sei aber zweifelhaft, ob eine Verpflichtung dazu international festgelegt und durchgeführt werden könne. Auch die Tatsache, daß die Arbeitszeit heute schon verhältnismäßig kurz sei, stehe einem internationalen Abkommen nicht entgegen. Der Bericht

der Arbeitslosen immer mehr vergrößern. Eine Kürzung der Arbeitszeit wird also zu einer Lebensfrage für die Arbeiterklasse und zu einer Lebensfrage für die gesamte Gesellschaft. Allerdings widerstreiten der Einsicht von der notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit, die auch in bürgerliche Kreise eindringt, die kurzfristigen Profitinteressen des Unternehmertums. Die Gegner der Verkürzung der Arbeitszeit werden sich in Genf nicht gegen die Vierzigstundenwoche im allgemeinen aussprechen, sondern sie werden voraussichtlich sagen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur in gewissen Produktionszweigen und bei einzelnen Arbeitsschichten möglich ist und sie werden weiter sagen, daß nur wenn alle Staaten zur gekürzten Arbeitszeit übergehen, die Vierzigstundenwoche möglich ist. Die kapitalistischen Vertreter werden also alles tun, um den notwendigen Fortschritt zu verhindern. Es wird die Aufgabe der Vertreter der Arbeiterklasse sein, in die Front der Delegierten der Unternehmer sowie der kapitalistischen Staaten Breche zu schlagen und der Vierzigstundenwoche eine Gasse zu bahnen!

des Internationalen Arbeitsamtes könne als Diskussionsgrundlage anerkannt werden. Nur insofern beständen Bedenken, als der Bericht eine Bindung auf unbestimmte Zeit vorsehe. Die deutsche Regierung halte es für notwendig, daß die einzelnen Staaten nach einer bestimmten vertragsmäßigen kurz bemessenen Zeit das Abkommen kündigen könnten. Notwendig sei ferner das gleichzeitige Inkrafttreten des Abkommens für alle wichtigen Industriezweige.

Der weitere Verlauf der Debatte brachte eine bemerkenswerte Erklärung des englischen Regierungsvertreters, der sich kategorisch gegen ein allgemeines Abkommen im Sinne der Vorschläge des Internationalen Arbeitsamtes aussprach.

Der Vertreter der deutschen Unternehmer, Pfeffer, erklärte, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für den Einzelbetrieb keine Besserung bringe. Die Ursachen, die durch eine Verkürzung der Arbeitszeit entstünden, seien sehr wesentlich. Entscheidend sei aber die Beunruhigung, die für den Betrieb durch den Zwang (!) entstehe, der auf die Unternehmer ausgeübt wird. Es sei zu erwarten, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit die Lohnfrage wieder eine große Rolle spielen werde. Diesen Gesichtspunkt dürfe man jetzt nicht außer acht lassen.

Neue Offensive der Japaner.

Sie wollen die ganze Provinz Jehol in ihre Gewalt bekommen.

Peiping, 11. Jänner. Das japanische Oberkommando setzte gestern ausgeführte Regimenter zu einem überraschenden Angriff auf einen der wichtigsten strategischen Punkte an der großen chinesischen Mauer, Tschienmenkuo ein, womit sie neuerdings eine breit angelegte Offensive in der Kampagne, deren Endziel die vollständige Besetzung der Provinz Jehol ist, eröffnete. Der Kampf wüthete den ganzen Tag über. Die chinesischen regulären Truppen kämpften mit ungeüblicher Todesverachtung und schlugen eine Angriffswelle nach der anderen ab.

Die Japaner hatten ihren Angriff durch ein langandauerndes Bombardement mit schweren Kalibern vorbereitet, worauf die Infanterie, unterstützt durch die zeitweisen Vorstöße der Kavallerie, zum Angriff vorging. Der Kampf wurde auf kurze Zeit unterbrochen, während welcher die Fliegerabteilungen die chinesischen Stellungen mit Bomben belegten.

Die Japaner zogen ihre Kavallerie aus Tschienmenkuo und ihre Infanterie aus Schanhaiwan in der Richtung gegen Tschienmenkuo auf der inneren Seite der großen chinesischen Mauer zusammen, während der Kern der japanischen Armee diesen strategisch wichtigen Punkt von der anderen Seite her angriff.

In dem chinesischen Kommuniqué, das gestern in den Abendstunden ausgegeben wurde,

wird erklärt, daß das chinesische Militär noch in den Abendstunden des Dienstag Tschienmenkuo halten konnte, daß aber die Schlacht mit unermüdeter Gewalt andauere. Die chinesische Armee sei gut eingegraben und entschlossen, bis auf den letzten Mann die Stellung zu verteidigen.

In chinesischen offiziellen Kreisen wird behauptet, daß die Japaner die Offensive zur Einnahme der Provinz Jehol deshalb eröffneten, da sie sich in ihren Bemühungen, den Gouverneur der genannten Provinz, General Tanjusjan, für die neue Marionetten-Regierung des Staates Mandschukuo zu gewinnen, getäuscht sahen. Die Japaner hätten lange mit Gouverneur Tan verhandelt, aber ohne Erfolg. Das strategische Ziel der japanischen Angriffe auf Tschienmenkuo und Tschienmenkuo geht dahin, Stützpunkte für die Umgehung der Armee des Generals Tan, der von jeder Hilfe abgeschnitten werden soll, zu gewinnen, worauf ihm die Japaner das Ultimatum, sich entweder freiwillig mit Mandschukuo unter japanischem Protektorat zu verbinden oder aber bis zum letzten Mann vernichtet zu werden, stellen werden.

Nach Berichten, die Dienstag in Schanghai einlangten, entsenden die Chinesen vom Süden stark militärische Einheiten mit dem Zuge oder zu Fuß nach der Provinz Jehol, wo in den nächsten Tagen erbitterte Kämpfe erwartet werden.

Das verratene Dritte Reich.

Wenn der Abgeordnete Jung wieder einmal eine Volkspartei zum Daj machen wird, wird er es nicht leicht haben, seine Abschwörung des „Dritten Reiches“ zu rückgängig zu machen. Aber das ist schließlich keine Sorge, wie er vor den Augen des Hauptlings aller Nationalsozialisten, die früheren Berichten des „Tag“ zufolge manchmal sehr „stählern“ klingen können, bestehen wird. Jung's Rede im Budgetausschuß ist von größter innerpolitischer Bedeutung, weil sie nichts anderes ist als die — Heberflüchtigkeitsklärung des Nationalsozialismus in der Tschechoslowakei.

Sie ist freilich noch mehr: sie erklärt, eben weil sie, wie noch nie vorher eine Rede eines nationalsozialistischen Führers, die europäischen politischen Wirklichkeiten offen anerkennt, den Nationalsozialismus auch in Deutschland für überflüssig. Denn wenn Jung sagt, auch wenn Hitler Reichstagskanzler wäre, würde die Idee des „Dritten Reiches“ noch lange nicht verwirklicht, weil die Vereinigung aller Deutschen im Reich Deutschland sofort in einen Krieg mit fünfzehn Staaten verwickeln würde, die nationalsozialistische Politik wolle nichts anderes als den Anschluß Oesterreichs und die Befestigung des polnischen Korridors — und beides mit Zustimmung Frankreichs, Englands und Italiens, — ja, dann sagt er damit doch nichts anderes, als daß so ziemlich alles, was der Nationalsozialismus in Deutschland will oder zu wollen vorgibt, entweder Unsinn ist oder Schwindel. Was er in nationalpolitischer Beziehung zu wollen vorgibt, denn es bliebe dann nur noch als allein ernstes Wollen die Aufriktion der Diktatur über die Arbeiter. Als nationale Bewegung aber ist er überflüssig. Den Anschluß Oesterreichs an Deutschland haben, lange ehe es in Deutschland eine nationalsozialistische Partei gab, die Sozialdemokraten angestrebt. Die österreichische Sozialdemokratie hat schon in den Revolutionstagen dieses große Ziel ihrer Außenpolitik verkündet, sie hat mit größter Leidenschaft für dieses Ziel gekämpft, — und um zu erfahren, daß es nur auf dem Wege einer internationalen Verständigung erreichbar ist, dazu bedurfte es nicht des Umweges der nationalsozialistischen Bewegung. Nicht anders ist's mit der Frage des polnischen Korridors. Es gibt unseres Wissens in Deutschland keine einzige politische Partei, die den durch die Friedensdiktate im Osten des Reiches geschaffenen Zustand bejahet, mit keiner Unabänderlichkeit rechnet. Alle erlauchten Politiker aber sind übereinstimmend der Meinung, daß eine gewaltsame Lösung nicht in Betracht kommt, daß auch die Diktaturen nur auf dem Wege der Verständigung lösbar sind.

Adolf Hitler aber, an dessen Vergeltung doch auch die indetendeutschen Nationalsozialisten eifrig mitgewirkt haben, schwärmt in seinem dicken Wäizer „Mein Kampf“ frischfröhlich von allerlei Kriegen Deutschlands nach allen Seiten. Aber wenn Jung nun sagt, ein Mann, der so etwas dächte — an den Krieg Deutschlands mit allen seinen Nachbarn — gehöre ins Narrenhaus, wollen wir ihm nicht widersprechen.

Bleibt nach Jung's Darlegungen vom Nationalsozialismus in Deutschland nicht viel übrig, so sind sie ein Todesstahlnetz für den Nationalsozialismus in der Tschechoslowakei. Denn Jung erklärte, daß seine Partei nur die Forderung nach nationaler Autonomie erhebe, nicht aber die Forderung nach Aufriktion des Dritten Reiches, weder mit, noch ohne Gewalt.

Aber zum Kampfe um die nationale Autonomie bedurfte es wahrlich keiner besonderen Partei. Die Sakentkreuzler, unbekannt nach Broden fremden Geistesgutes gret-

